

---

## Zukunft des Sozialstaates, der industriellen Beziehungen und der Tarifautonomie in Europa

---

Statement Herbert Mai,  
Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV:

---

Wir brauchen in der Tat eine neue Qualität und zum Teil eine neue Form von Mitbestimmung. Die ÖTV betreibt seit 1988 eine eigene Modernisierungskampagne. Ausgangspunkt dafür war unsere Auffassung, dass gerade der öffentliche Sektor sehr viel Defizite hat, was Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Bürgernähe ausmacht, und dass jeder Bürger einen Anspruch hat auf Gesundheitsdienstleistung, auf Energieversorgung, auf Nahverkehr oder auf Umweltschutz usw. Wenn das Zukunft haben soll, wie diese Dienste erbracht, wenn dafür eine gesellschaftliche Akzeptanz hergestellt werden soll, wobei es nicht nur um die Finanzierung geht, dann brauchen wir eine Veränderung, innerhalb der Dienste selber, aber auch in der Frage der Abläufe. Dieses Modernisierungsprojekt funktioniert nur, wenn Gewerkschaften, wenn Beschäftigte und wenn Bürger daran mitarbeiten und mitgestalten. Das heißt, es muss eine Form der Beteiligung an der Gestaltung installiert werden. Seit 1988 arbeiten wir in sehr vielen Detailprojekten in den Gemeinden daran, die auch eine Mitbestimmung beinhalten,

d.h. ganz konkret mitzuentcheiden über die Beschleunigung von Arbeitsabläufen, über Rationalisierungsformen und über die Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit. Diese Fragen haben gleichzeitig auch etwas mit der Belastung der Beschäftigten zu tun, wenn ich an Öffnungszeiten, Bedienungszeiten denke. Hieraus ergeben sich dann Konfliktschnittstellen, die man bedenken muss. Zu lösen sind diese Konflikte nur in einem Dialog der Handelnden, also zwischen den Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen, Beschäftigten und Gewerkschaften, natürlich auch der Politik in einer Kommune.

Diese Prozesse, die hoch komplex sind, als Gewerkschaft anzustoßen, als Gewerkschaft mit zu unterstützen, auch zu fördern, ist aus meiner Sicht ein Teil der Mitbestimmung, allerdings nicht nur der Gewerkschaften, sondern im Sinne von Mitbestimmung im gesellschaftlichen Zusammenhang.

Nun zur Tarifpolitik: In den Projekten, die wir gemacht haben, zurzeit in über 240 Städten und Gemeinden, haben wir festgestellt, dass natürlich konkret vieles mit den Arbeitsbedingungen zu tun hat. Auch deshalb bleibt es zwingend, den Flächentarifvertrag zu halten. Das heißt, darauf zu achten, dass in einer Branche, auch im öffentlichen Sektor, vergleichbare Zahlungs- und Arbeitsbedingungen existieren. Es ist daneben notwendig, auf die jeweils spezifischen Bedingungen einzugehen, das kann von Region zu Region, das kann bezogen auf die Arbeitsinhalte unterschiedlich sein. Wir brauchen im Energiebereich andere Regeln als im Nahverkehrsbereich, wieder andere im Gesundheitswesen. Deshalb ist es ganz wichtig, dass sich auch die Tarifpolitik danach orientiert, was von den spezifischen Interessen der Beschäftigten und der Arbeitsabläufe oder des Arbeitsbereichs her ergänzend betrieblich geregelt werden kann.

Wir haben deshalb in sehr vielen Regelungen so genannte Öffnungen vorgenommen, die von den Regionen oder den betrieblichen Akteuren ausgefüllt werden. Wichtig ist dabei, dass die Gewerkschaft bei der Gestaltung im Betrieb mit im Spiel bleibt. Dies ist deshalb dringend notwendig, weil sonst eine Entwicklung eintreten könnte, bei der jeder einzelne seine Bedingungen aushandelt. Das würde unserem begründeten kollektiven Vertretungsanspruch in jedem Einzelfall widersprechen. Deshalb haben wir, im Unterschied zu anderen Gewerkschaften, sehr viel Wert darauf gelegt, dass nicht alle Öffnungen auf die Betriebsräte verlagert werden, die oft nicht stark genug sind, dem Druck zu widerstehen, den Arbeitgeber aufbauen.

Gemeinsam mit den Betriebsräten können Gewerkschaften erfolgreicher sein. Ich halte es daher im Sinne von Gerhard Leminsky für notwendig, die Mitbestimmung breiter zu fassen, sie weiter zu interpretieren, und sie, bezogen auf betrieblich konkrete Bedürfnisse, unter Beteiligung der Handelnden vor Ort auszugestalten und zu ergänzen.